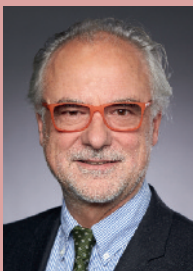


Informationen

Editorial

Während die Koalitionäre in Berlin verhandelten und der Freistaat einen neuen Ministerpräsidenten suchte, ist der aktuelle Beitrag der Freien Berufe zum Bruttoinlandsprodukt weiter gestiegen. Auch andere Parameter, wie zum Beispiel die Ausbildungsleistung der Freien Berufe, entwickelten sich positiv. Das müsste eigentlich Grund genug für die neue alte Groko sein, die Freien Berufe in ihrem Koalitionsvertrag angemessen zu würdigen. Wir haben unsere Mitgliedsverbände gefragt, ob sie sich ausreichend berücksichtigt fühlen. Ergebnis: Unsere Mitglieder erkennen an, dass sich die Koalition explizit zu den Freien Berufen bekennt. Sie sehen in der Bundesregierung durchaus einen Kombattanten im Verteidigungskampf um freiberufliche Werte in Europa. Sie attestieren der Bundesregierung, Denkanstöße freiberuflicher Berufsverbände aufgenommen zu haben. Aber da ist auch noch viel Luft nach oben. Und Koalitionspapier ist geduldig. Nahezu alle Verbände mahnen, dass der Anerkennung konkrete Taten folgen müssen. So fordern etwa die Ingenieure, die Digitalisierung des Planens und Bauens voranzutreiben. Zahnärzte warnen vor dem Damoklesschwert der Angleichung der Gebührenordnungen. Die Ärzte wollen ins Boot der Bund-Länder-Kommission genommen werden, wenn es um ein modernes Vergütungssystem geht. Es gibt weiterhin viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Und die erschöpft sich nicht darin, Bewährtes zu verteidigen.



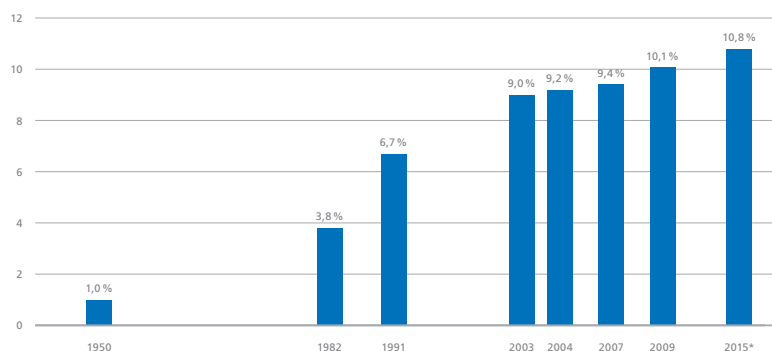
Michael Schwarz,
Präsident des
Verbandes Freier
Berufe in Bayern

Mitgliedsverbände der Freien Berufe bewerten den Koalitionsvertrag

Gemischte Gefühle für die Große Koalition

Zwischen Erleichterung und Skepsis, zwischen vorsichtigem Optimismus und der klaren Erwartung, Taten folgen zu lassen, changieren die Meinungen bei den Mitgliedsverbänden des Verbandes Freier Berufe in Bayern zum aktuellen Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung. Einigen Mitgliedsverbänden fehlen klare Aussagen zu den Freien Berufen, andere wiederum sehen die neue Bundesregierung auf einem guten Weg bei der Verteidigung freiberuflicher Werte.

Anteil der Freien Berufe am Bruttoinlandsprodukt 1950 – 2015



* aufgrund von Änderungen der Datenbasis und einhergehender Neuberechnung sind die Werte ab 2015 nur eingeschränkt mit den Vorjahren zu vergleichen

Daten: Statistisches Bundesamt, Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, z.T. geschätzt anhand eigener Erhebungen, eigene Berechnungen

Quelle: Institut für Freie Berufe Nürnberg

So bewertet Dr. Gerald Quitterer, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, einige Vorhaben der Großen Koalition durchaus als positiv: »Zu befürworten ist, dass man sich tatsächlich für mehr Studienplätze in Medizin in Deutschland ausspricht und auch der Zugang zum Medizinstudium überdacht wird. Die Bund-Länder-Kommission, die sich mit einem modernen Vergütungssystem beschäftigen wird, sollte unbedingt die Expertise der ärztlichen Körperschaften mit ins Boot nehmen. Es sind also einige gute Ansätze da, die hoffentlich umgesetzt werden.«

»Mit Erleichterung« reagieren sogar Thomas Benkert, Präsident der Bayerischen Landesapothekerkammer, und Dr. Hans-Peter Hubmann, Vorsitzender des Bayerischen Apothekerverbandes, auf die Ankündigung im Koalitions-

Zitat

»Die Freien Berufe geben Antworten auf die Fragen der Zukunft. Die Folge: Ihre wissensbasierten Dienstleistungen haben ein hohes Wachstumspotenzial. Die Nachfrage nach freiberuflichen Dienstleistungen steigt weiter an.«
Institut für Freie Berufe Nürnberg



Dr. Gerald Quitterer,
Präsident der Bayerischen
Landesärztekammer



Prof. Dr. Norbert Gebbeken,
Präsident der Bayerischen
Ingenieurekammer-Bau

vertrag, sich für ein Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln einzusetzen: »Die Parteien wollen damit die einheitliche Honorarordnung für die Leistungen der Apotheke wiederherstellen und allen Menschen in Deutschland einen gleichberechtigten Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleisten.«

Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns (KZVB) und die Bayerische Landeszahnärztekammer begrüßen die Anhebung der Festzuschüsse für Zahnersatz. Die Budgets der Krankenkassen müssten aber im gleichen Umfang erhöht werden. KZVB-Geschäftsführer *Peter Knüpper*: »Das Damoklesschwert, das über dem Berufsstand schwebt, ist die SPD-Forderung nach einer Angleichung der Gebührenordnungen. Sie würde das hohe Niveau der zahnmedizinischen Versorgung gefährden.« Darüber hinaus seien zentrale Forderungen des Berufsstandes nicht im Koalitionsvertrag enthalten. Auch werde die zahnärztliche Versorgung nicht als eigener Sektor erwähnt. Maßnahmen, die für den ärztlichen Bereich gedacht sind, könnten aber nicht automatisch auf den zahnärztlichen Bereich übertragen werden.

Die Bayerische Ingenieurekammer-Bau begrüßt, dass sich die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag klar zum Kammersystem und zu den Freien Berufen bekannt haben und sich auf europäischer Ebene auch weiterhin für den Erhalt der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) einsetzen werden. Die HOAI sei ein unverzichtbares Instrument zur Sicherung von Bauqualität und Baukultur und Voraussetzung für einen fairen Leistungswettbewerb, so Professor *Norbert Gebbeken*, Präsident der Kammer in Bayern. »Sie sichert weiterhin unsere mittelständische Bürostruktur und damit

hochwertige Arbeitsplätze, auch im ländlichen Raum.« Auch die geplante Wohnraumoffensive und das klare Bekenntnis zum Ausbau und zur Modernisierung der Infrastruktur seien positiv zu beurteilen: »Ganz entscheidend für die Zukunft ist, dass die neue Regierung die Digitalisierung des Planens und Bauens vorantreibt und dabei die Interessen des Mittelstandes und kleinerer Planungsbüros berücksichtigt.

Die Bayerische Architektenkammer begrüßt, dass mit dem Koalitionsvertrag ein deutliches Zeichen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gesetzt wurde. Dies gilt insbesondere für die Förderung von qualitativem und bezahlbarem Wohnraum und die Weiterentwicklung sowohl von Städten als auch des ländlichen Raums mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Kammerpräsidentin *Christine Degenhart* wünscht sich hier vor allem eine »offene Diskussion über ein sozialgerechtes Boden- und Mietrecht sowie die notwendige Regelungsfülle in Normung und Gesetzgebung«. Im Bekenntnis zur HOAI als unverzichtbarem Instrument zur Sicherung von Bauqualität und Baukultur sieht Degenhart ein Bekenntnis der Bundesregierung zu den Freien Berufen und ihrer besonderen Verantwortung für das Gemeinwohl.

Der Koalitionsvertrag liefert nach Ansicht des Verbandes Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin wichtige Impulse und Weichenstellungen für die Bereiche Bildung und Wissenschaft. Besondere Anerkennung verdiene die Ankündigung einer ressortübergreifenden Agenda »Von der Biologie zur Innovation«, die gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft erarbeitet werden soll. *Peter Niessbeck*, Vorsitzender des Landesverbandes in Bayern, sieht auch im Bereich des Biodiversitätsschutzes gute Ansätze: »Allerdings sind in beiden Handlungsfeldern in der Umsetzungspraxis Inkonsistenzen und Zielwidersprüche zu erwarten.«

Berwig Hitzer, Vizepräsident des Bundesverbandes der Freiberuflichen Forstsachverständigen, Landesgruppe Bayern, bemängelt am Koalitionsvertrag, dass die Herstellung oder Sicherung eines fairen Wettbewerbs für die Angehörigen der Freien Berufe in der Koalitionsvereinbarung leider nicht erwähnt werde: »Das bloße Erwähnen der Freien Berufe, verbunden mit dem Abhandeln von Allgemeinplätzen, lässt

nichts Gutes erwarten. Zumal sich der Bundeswirtschaftsminister in seiner bisherigen Regierungstätigkeit nicht als Hüter des bewährten deutschen Wirtschaftsmodells hervorgetan hat.« Bereits in der abgelaufenen Legislaturperiode sei beabsichtigt gewesen, die Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Mittelstand, Selbständigkeit und Existenzgründung zu verbessern, da fairer Wettbewerb für das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft unabdingbar sei. Trotzdem habe die Bundesregierung mit dem Bundesrat beispielsweise das Bundeswaldgesetz geändert, um damit einigen Bundesländern weiterhin die Aufrechterhaltung ihrer vom Bundeskartellamt festgestellten wettbewerbswidrigen Forstdienstleistungsstrukturen zu ermöglichen.

Die Bayerische Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten begrüßt, dass die dringend notwendige Novellierung des Psychotherapeutengesetzes (PTK Bayern) gemeinsam mit der ebenso dringend notwendigen Novellierung der Approbationsordnung der Zahnärzte in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Dazu gehört die Novellierung der Ausbildung der bisherigen psychologischen Psychotherapeuten in Form einer Direktausbildung. Die Kammer erwartet, dass die neue Bundesregierung erheblichen Einfluss auf die weiteren Entwicklungen für ihren Berufsstand nehmen wird.

Grundsätzlich positiv bewertet die größte physiotherapeutische Landesvertretung in Bayern die Koalitionsvereinbarung, vermisst aber konkrete Schritte oder Ziele und wichtige Veränderungen hin zu einer dauerhaften Aufwertung der Therapieberufe. *Rüdiger von Eisebeck*, Landesvorsitzender des Deutschen Verbandes für Physiotherapie: »Dankenswerterweise werden zwar die Themen Ausbildungsreform, schulgeldfreie Ausbildung und Wegfall der Studiengebühren aufgegriffen. Offen bleiben allerdings Themen wie die dauerhafte finanzielle Aufwertung der Therapieberufe oder die Einrichtung neuer, akademischer Qualifizierungs- und Bildungswege sowie die Förderung von Forschung im Verantwortungsbereich der Gesundheitsfachberufe.« Von Eisebeck erkennt hier im Koalitionsvertrag nur vage Andeutungen und weiß daher, »wofür wir uns auch unter einer neuen Bundesregierung aktiv einsetzen müssen.« ●

Ewer: Keine Abstriche bei der Qualifikation

Der Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB), Prof. Dr. Wolfgang Ewer, setzt auf die Bundesregierung im Kampf gegen die Deregulierungsoffensiven der Europäischen Union und mahnt die Koalition, trotz des steigenden Fachkräftebedarfs keine Abstriche bei der Qualität zu machen. Als »Joker im politischen Poker« bezeichnet Ewer das Bekenntnis der Bundesregierung, die Leistung der Freien Berufe noch stärker anzuerkennen.

Über Monate habe zuerst die Regierungsbildung als solche im Sondierungsmodus verharrt. Dann habe der Koalitionsvertrag über Wochen ein Dasein als politisches »Was wäre, wenn?« gefristet, so Ewer. Nunmehr sei er als das gemeinsame Arbeitsprogramm von CDU/CSU und SPD vitalisiert worden. Der Bundesverband der Freien Berufe hat zusammengestellt, was Freiberufler berührt. Der Verband hat eine Kurzauswertung auf seiner homepage unter www.freie-berufe.de veröffentlicht.

Für Ewer wenig überraschend sind im Koalitionsvertrag sowohl Schnittmengen als auch Spannungsfelder zu verorten. »Was uns freut: Die neue Bundesregierung sieht in uns einen wichtigen Bereich der Wirtschaft und will unsere Leistung noch stärker öffentlich anerkennen und fördern. Das ist unser Joker im politischen Poker.« Denn dieses Bekenntnis biete dem BFB und seinen Mitgliedsorganisationen die Möglichkeit, weitere Diskussionen anzustoßen, auch mit Forderungen, die über den Koalitionsvertrag hinausgehen.

Die Große Koalition müsse sich natürlich am Konkreten messen lassen – daran, welche Initiativen tatsächlich in Gesetzesform gegossen werden. »Dabei werden wir auf eine freiberuflergerechte Umsetzung achten«, betont der BFB-Präsident. Wichtig sei etwa trotz steigenden Fachkräftebedarfs, keine Abstriche bei der Qualifikation zu machen. »Und es muss im Zuge der Digitalisierung dabei bleiben: Datenschutz vor Datennutz.«

Zudem setzt Ewer auf die weitere Rückendeckung der Bundesregierung bei den EU-Deregulierungsoffensiven. Zuversichtlich stimmen ihn dabei zwei Passagen des Koalitionsvertrags. So wolle man zum einen darauf hinwirken, dass die hohen Qualitätsstandards und die Unabhängigkeit freiberuflicher Dienstleistungen auch im europäischen Kontext angemessen berücksichtigt werden. Außerdem sollten bewährte Qualifikationsstandards fortbestehen; das »Herkunftslandprinzip durch die Hintertür« werde abgelehnt. Als Unwägbarkeit sieht Ewer indes immer, »dass wir Freien Berufe und unser System in Paketlösungen eingeschnürt und zugunsten anderer Bereiche drangegeben werden könnten. Hier werden wir die weiteren bundespolitischen Positionierungen besonders aufmerksam verfolgen«.



»Die neue Bundesregierung sieht in uns einen wichtigen Bereich der Wirtschaft und will unsere Leistung noch stärker öffentlich anerkennen und fördern. Das ist unser Joker im politischen Poker«, sagt Prof. Dr. Wolfgang Ewer, Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe.

Prof. Dr. Wolfgang Ewer ist seit dem 21. Juni 2017 Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe. Ewer ist Rechtsanwalt und als Fachanwalt für Verwaltungsrecht in Kiel in eigener Kanzlei selbstständig. Als Honorarprofessor lehrt er an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel öffentliches Recht und ist unter anderem Mitherausgeber der Neuen Juristischen Wochenschrift (NJW). Ewer ist Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins und engagiert sich bereits seit dem Jahr 1994 im BFB, zuletzt als Vizepräsident. Mit seinen Kolleginnen und

Kollegen in BFB-Präsidium und BFB-Vorstand hat er die Arbeitsschwerpunkte für das BFB-Jahr 2018 fokussiert: Die Digitalisierung, vor allem die Auswirkung auf die Berufsbilder, zählt dazu. Er stellt dabei besonders heraus, dass auch im Zeitalter des Internets und künstlicher Intelligenz eine individuelle und unabhängige geistige Leistung für die Menschen unerlässlich ist. Zudem legt er großen Wert darauf, mit dem Gemeinwohl ein identitätsstiftendes Freiberufler-Element hervorzuheben, »das antiquiert klingen mag, aber unvermindert aktuell ist«.

Kurz gemeldet

KVB startet neue regionale Förderprogramme

Die Sicherstellung der ambulanten ärztlichen und psychotherapeutischen Versorgung im Freistaat ist eine der Kernaufgaben der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB). Um dem sich bereits in einigen Regionen Bayerns abzeichnenden Ärztemangel vorzubeugen, hat die KVB ab sofort neue Förderprogramme ausgeschrieben. Dies betrifft Hausärzte, die sich für eine Tätigkeit in den Planungsbereichen Speichersdorf (Oberfranken) oder Tirschenreuth (Oberpfalz) entscheiden. Ebenfalls eine Förderung können Kinder- und Jugendpsychiater in der Region Ingolstadt erhalten. Der Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen in Bayern hatte in diesen drei Planungsbereichen eine drohende Unterversorgung festgestellt. Ärzte der genannten Fachgruppen erhalten für eine Niederlassung in den betroffenen Regionen eine Förderung von bis zu 60.000 Euro, für die Errichtung einer Zweigpraxis ist ein finanzieller Zuschuss von bis zu 15.000 Euro möglich. Darüber hinaus wird die Anstellung eines Arztes der entsprechenden Fachgruppe mit bis zu 4.000 Euro pro Quartal gefördert. Ärzte, die das 63. Lebensjahr bereits überschritten haben und aktiv einen Praxisnachfolger suchen, unterstützt die KVB bei der Praxisfortführung mit bis zu 4.500 Euro für vorerst vier Quartale. Informationen dazu sind unter www.kvb.de zu finden.

Quitterer neuer Präsident der Landesärztekammer

Dr. Gerald Quitterer aus Egenfelden, 61-jähriger Facharzt für Allgemeinmedizin, ist neuer Präsident der Bayerischen Landesärztekammer. 1. Vizepräsident wurde der Chirurg Dr. Andreas Botzlar aus Murnau in Oberbayern. Dr. Wolfgang Rechl, hausärztlicher Internist aus Weiden/Oberpfalz, wurde erneut zum 2. Vizepräsidenten gewählt. Die Delegiertenversammlung mit 181 Delegierten der 63 ärztlichen Kreisverbände vertritt mehr als 82.000 Ärztinnen und Ärzte in Bayern.

Schnurer folgt von Gaffron nach

Die außerordentliche Delegiertenversammlung des Berufsverbandes Bildender Künstler Landesverband Bayern (BBK) hat Christian Schnurer zum Nachfolger für den verstorbenen Vorsitzenden Klaus von Gaffron gewählt. Schnurer, Jahrgang 1971, ist Bildhauer, arbeitet im Bereich der Installationskunst, politischer Intervention und Kunst im Öffentlichen Raum. Lange Zeit war er im BBK Regionalverband Niederbayern/Oberpfalz als Vorstandsmitglied tätig. Vor zwei Jahren wechselte er zum Regionalverband München/Oberbayern. Schnurer steht für eine bessere Vernetzung der einzelnen Regionalverbände.

Verband Freier Berufe trifft Freie Wähler

Über die Zukunft der Freien Berufe und die Positionierung der Freien Wähler hierzu hat sich die Spitze des VFB mit Vertretern der Freien Wähler im Bayerischen Landtag ausgetauscht. Fraktionsvize Thorsten Glauber kündigte an, dass die Freien Wähler das Thema Bürokratie aufgreifen werden – sowohl von der beruflichen als auch von der ehrenamtlichen Seite. Er nannte als Beispiele die übertriebene Regulierung, die beim Aufstellen eines Maibaumes oder bei einem Kindergartenfest bestehe. Bei ihren Forderungen nach dem Erhalt von Selbstverwaltung und Berufsregeln bekamen die Freien Berufe Unterstützung. So lehnen auch die Freien Wähler die Deregulierungsbestrebungen der EU-Kommission ab. Glauber stimmte auch drei zentralen Forderungen der Architekten zu: Erhalt der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), die Trennung von Planen und Bauen und die Forderung nach Maßnahmen gegen die Unterschreitung der HOAI durch Gemeinden. Die Freien Wähler versicherten, dass sie sich für viele Belange der Freien Berufe, auch für die von Vizepräsident Rüdiger von Eisebeck vorgebrachte Forderung nach Schulgeldfreiheit bei der Physiotherapeutenausbildung, in Form von Anträgen im Bayerischen Landtag einsetzen werden.

Zahnärzte begrüßen Urteil zu Bewertungsportalen

Bayerns Zahnärzte begrüßen die aktuelle Entscheidung des Bundesgerichtshofs, der zufolge Bewertungsportale im Internet, die Patienten eine Beurteilung ärztlicher und zahnärztlicher Leistungen ermöglichen, neutral bleiben müssen. Das Gericht gab der Klage einer Dermatologin statt, die sich dagegen wehrte, dass im Zusammenhang mit der Bewertung ihrer Praxis andere Ärzte genannt werden, die als »Premium-Kunden« Geld für eine entsprechende Platzierung zahlten. Der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, Christian Berger, empfiehlt Patientinnen und Patienten, sich bei der Entscheidung für einen Zahnarzt oder einen Fachzahnarzt nicht alleine von den häufig sehr subjektiven Bewertungen anderer Patientinnen und Patienten im Internet lenken zu lassen: »Persönliche Erfahrungen von Bekannten und Freunden mit der Behandlung durch meine Kolleginnen und Kollegen in der Praxis sind da sehr viel verlässlicher.«

SPD vermisst Kultur der Selbständigkeit

Wo die BayernSPD die Freien Berufe in der nächsten Legislaturperiode und in Zukunft sieht, wollte VFB-Präsident Michael Schwarz von der bayerischen SPD bei einem Treffen im Landtag wissen. Die Abgeordnete Anette Karl sieht Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Selbständigkeit. In Bayern fehle eine Kultur der Selbständigkeit. Diese könne auch die Politik nicht erzwingen. Der parlamentarische Geschäftsführer Volkmar Halbleib erwartet deshalb Lücken bei der Ärzteversorgung im ländlichen Raum. Kaum Veränderungen sehe er dagegen bei der Wertschätzung der Freien Berufe durch die Politik. Fraktionsvize Inge Aures sieht in der BayernSPD niemanden, der die bewährten Strukturen der Freien Berufe wie zum Beispiel das Kammersystem oder die Honorarordnungen angreifen wolle. Aures sagte zu, die Freien Berufe künftig auf der Homepage der BayernSPD zu berücksichtigen. Außerdem regte sie Einzelgespräche mit freiberuflichen Berufsgruppen an.

Termin

Die Landtagswahl 2018 ist das zentrale Thema des parlamentarischen Abends des Verbandes Freier Berufe in Bayern. Er findet in diesem Jahr am Mittwoch den 4. Juli um 18.30 Uhr im Dachgarten des Hotels Bayerischer Hof, Promenadeplatz 2–6 in 80333 München statt.

Tipp

Freiberufliche Gründungen sind bestandsfester, die Regulierung in den Freien Berufen wirkt sich positiv auf das Beschäftigungspotenzial aus. Das hat das Institut für Mittelstandsforschung Bonn im Auftrag des Bundesverbandes Freier Berufe in einer Studie über die Überlebenswahrscheinlichkeit von Gründungen in Freien Berufen herausgefunden.

www.freie-berufe.de

Impressum

Ausgabe 2, 19. Jahrgang
ISSN 1438-9320
Herausgeber:
Verband Freier Berufe
in Bayern e.V.
Türkenstraße 55
80799 München
Telefon 089 2723-424
Fax 089 2723-413
info@freieberufe-bayern.de
www.freieberufe-bayern.de
Gestaltungskonzept, Layout:
engelhardt
atelier für gestaltung,
Mühlendorf a. Inn
Erscheinungsweise:
vierteljährlich